

Den Nachrichten auf den Grund gegangen:

Die Folgen der Ausweitung der Geldmenge durch die Notenbanken

Von Andres Müller

Die Entscheidung ist also gefallen: Kapital und Politik haben beschlossen, daß die Krise mittels Inflation statt Deflation bekämpft werden soll. Wenn wir am Ende beides – Inflation und Arbeitslosigkeit bekommen sollten, sollte uns das nicht wundern.

Das Mittel der Zinssenkung zur Ankurbelung der Wirtschaft ist (insbesondere in den USA und Japan) ausgereizt. Nach den permanenten Zinssenkungen in den vergangenen anderthalb Jahren sind die Zinsen mit 0,25% (USA und Japan) nahe Null angelangt. Eine weitere Senkung hätte wenig Sinn! Jetzt müssen die Notenbanken auf andere Weise Geld in die Wirtschaft pumpen, um deren weiteren Niedergang zu verhindern.

Erinnern Sie sich? Als die Krise Ende Juli 2007 als Finanzkrise ihren Lauf nahm, begannen die Notenbanken der westlichen Wertegemeinschaft Geld in das von Insolvenz bedrohte Bankensystem zu pumpen. Sie stellten den Banken kurzfristige Gelder zur Verfügung. Es waren kurzfristige Kredite, die wieder zurückgezahlt werden mußten. Die Geschäftsbanken hinterlegten zur Sicherheit Wertpapiere bei den Notenbanken und erhielten gegen niedrigste Zinsen für kurze Zeit die dringend benötigten Kredite, um die Zahlungsunfähigkeit abzuwenden. Diese kurzfristigen Kredite und ein Stakkato ständiger Leitzinssenkungen brachten nur vorübergehend Erfolg. Auf Dauer verpufften sie. Jetzt müssen die Notenbanken zu drastischeren Mitteln greifen. Statt wertlose Wertpapiere vorübergehend zu beleihen sind sie dazu übergegangen, diese Papiere aufzukaufen.

Die amerikanische Notenbank Federal Reserve (Fed) wird jetzt (im März 2009) mehr als 1 Billion Dollar frischen Geldes in die Wirtschaft pumpen, indem sie die mit Forderungen aus Hypothekendarlehen abgesicherten Wertpapiere aufkauft. Diese sind auf dem Markt unverkäuflich, denn sie sind wertlos! Die Notenbank übernimmt mit dem Kauf somit die Abschreibungen, also die Verluste aus diesen Papieren. Sie tauscht sie gegen Geld (Buch- oder Giralgeld) ein, über das die Geschäftsbanken verfügen können, mit dem sie zahlen können, als wäre es Bargeld.

Man kann diesen Vorgang drehen wie man will. Letztendlich übernehmen die Bürger (Steuerzahler) die Verluste, damit das Bankensystem – und damit natürlich das politische System – nicht zusammenbricht. Doch dieser Geldvermehrung – der keine entsprechende Gütervermehrung gegenübersteht – muß zwangsläufig eine Inflation folgen.

Man (die wegweisende Politik) hat sich also entschieden: Inflation statt Deflation! Wer mag sich da nicht erinnern an die unselig – dummen Worte eines Bundeskanzlers Helmut Schmidt, der in den 1970iger Jahren verkündete: „Lieber 5 Prozent Inflation als 5% Arbeitslose.“ Er hatte mit seiner Politik damals beides bekommen: Die Inflation und die Arbeitslosigkeit! Damals hielten sie sich in Grenzen. Das wird in dieser Weltwirtschaftskrise nicht mehr der Fall sein! Schauen wir uns die nackten Fakten an:

Die US-Notenbank

- kauft für bis zu 300 Milliarden Dollar langlaufende Staatsanleihen des amerikanischen Staates;
- sie erhöht das Programm für den Kauf von mit Hypothekendarlehen besicherten Anleihen von 500 auf 1250 Milliarden Dollar;

- sie verdoppelt das Programm für den Kauf von Anleihen der Finanzierungsagenturen Fannie Mae und Freddie Mac von 100 auf 200 Milliarden Dollar.

In der Summe erhöht sie damit die Geldmenge in den USA um $300 + 750 + 100 = 1.150$ Mrd. Dollar!

Die Schweizer Nationalbank

- kauft für eine unbekannte Summe Anleihen privater Emittenten.¹

Die Bank von Japan

- kauft monatlich für 14 Milliarden Euro Staatsanleihen und für bis zu 7,8 Milliarden Euro kauft sie Unternehmensanleihen

Die Bank von England

- hat geplant, britische Staatsanleihen bis zu 75 Milliarden Pfund aufzukaufen. Seit Februar kauft sie Unternehmensanleihen, geplante Ausgabenhöhe 50 Milliarden Pfund

Man beachte: in allen Fällen geschieht die Geldmengenausweitung bei gleichzeitig einbrechender Güter- und Leistungsmenge!

Dadurch wächst natürlich der Druck auf die EZB, den Vorgaben dieser Notenbanken aus den für die EU bedeutsamen Handelsnationen nachzufolgen, denn:

- die Banken dieser Länder erhalten mit der höheren Liquidität eminente Wettbewerbsvorteile auf den internationalen Kapitalmärkten; sie können Geschäfte tätigen, die den Banken in anderen Ländern (z.B. den Euro-Ländern) wegen des knappen Geldes verwehrt bleiben;
- mit der Geldmengenvermehrung ist der Devisenkurs der Währungen dieser Länder gesunken, (Kurs des Euro z.B. gestiegen) weshalb die Euro-Länder im Handelswettbewerb benachteiligt werden. In den letzten beiden Tagen (Artikel wurde am 20. März 09 verfaßt) ist der Euro-Kurs um 4 Prozent auf 1,36 Dollar gestiegen;
- es wächst allmählich der Druck auf die EZB, die bislang eine aktive direkte Ausweitung der Geldmenge – im Fachjargon „quantitative easing“ genannt – ablehnt.

Die in Politik und Medien hochgelobte Globalisierung (freie Kapital- und Handelsmärkte) zeigt auch hier ihre Schattenseite: Sie wird die EZB über kurz oder lang zwingen, die gleiche Geldmengenerhöhung und Inflationspolitik zu betreiben, ob sie will oder nicht!

Die Inflation – bei gleichzeitigem Anstieg der Arbeitslosigkeit – ist somit vorprogrammiert. Die Politik und die Ökonomie-Experten reden diese Gefahr klein. Sie hoffen, das Ruder der Geld- und Finanzpolitik noch rechtzeitig herumreißen zu können, bevor die offene Inflation und das anwachsende Heer der Arbeitslosen das Wirtschaftssystem und das Politsystem in existentielle Gefahr bringen kann.

Sie übersehen, daß sie jetzt die Krise mit den Mitteln bekämpfen, die diese Krise ausgelöst haben: die unbegrenzte Geldvermehrung auf Immobilien und Unternehmensmärkten in den USA. Auch da sind sie zu spät auf die Bremse getreten.

¹ FAZ, 20.03.2009, Seite 13.